



Medienkonferenz
Nein zur SP-Steuerinitiative
Freitag, 1. Oktober 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Die SP-Steuerinitiative bedroht unseren Wohlstand

Claudine Amstein, Direktorin der Waadtländer Industrie- und Handelskammer (CVCI)

Sehr geehrte Damen und Herren

Die allgemeine Steuerbelastung der natürlichen und juristischen Personen ist ein wichtiger Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit und die Standortattraktivität. Die Schweiz hat in dieser Hinsicht gute Karten. Die Mehrwertsteuer ist in der Schweiz halb so hoch wie der niedrigste Satz in Europa und auch die Steuerbelastung ist geringer als in vielen anderen Ländern.

Das Tüpfelchen auf dem i: Die Schweiz hat die jüngste Wirtschaftskrise überstanden, ohne in konjunkturellen Aktivismus zu verfallen und ohne in die Schuldenfalle zu rutschen. Der Bund konnte die Schulden sogar abbauen! Mit anderen Worten: Die öffentlichen Finanzen sind gesund und es gibt keinen Grund für eine Steuererhöhung.

Vor diesem Hintergrund ist die SP-Steuerinitiative hoch riskant. Die Annahme verursacht eine Steuererhöhung, die völlig überflüssig ist, weil sie keinem Finanzbedarf entspricht. Das allgemeine Steuerniveau steigt nicht nur für die ausdrücklich anvisierten Einkommen, sondern auch für die mittleren Einkommen an. Wie die Vorredner betont haben, wirken sich Steuererhöhungen unweigerlich negativ auf das Wirtschaftswachstum aus.

Höhere Steuern beeinträchtigen zudem die Standortattraktivität der Schweiz. Bei Annahme der Initiative könnte unser Land weniger Unternehmen, besonders aus dem Ausland, anlocken. Ein Unternehmen, das sich in der Schweiz niederlässt, berücksichtigt nämlich zahlreiche „Rahmenbedingungen“ wie wirtschaftliche Öffnung und Marktzugang, politische Stabilität, Qualität der Arbeitskräfte, Infrastrukturen und – natürlich – auch das Steuerklima. Das Steuerklima umfasst neben der Unternehmenssteuer auch die Besteuerung der natürlichen Personen. Heute sind die Kantone und Gemeinden in der Lage, mit attraktiven Steuersystemen Steuerpflichtige zu behalten bzw. anzulocken. Deren Aktivität und Steuerleistungen kommen der ganzen Schweiz zugute – über die direkte Bundessteuer und über den Finanzausgleich. Dadurch werden jährlich mehrere Milliarden Franken umverteilt, um die unterschiedliche Steuerkraft bzw. Lasten der Kantone auszugleichen.

Die Initiative ist überflüssig

Neben den wirtschaftlichen und finanzpolitischen Mängeln ist die SP-Initiative auch überflüssig: Eine Forderung – das Verbot der degressiven Steuern – ist hinfällig geworden. Die Initiative sollte den Kanton Obwalden ja daran hindern, degressive Steuern für hohe Einkommen einzuführen. Über diese Frage muss nun aber nicht mehr abgestimmt werden, denn das Bundesgericht hat die Degression bereits zurückgewiesen. Erwähnenswert ist allerdings, dass das Bundesgericht den Steuerwettbewerb per se gestützt hat. Er bildet ebenso wie der Finanzausgleich einen festen Bestandteil unseres Systems.

Ein Ja zur Initiative würde die ganze Schweiz betreffen

Als Vertreterin der Wirtschaft des Kantons Waadt und als Westschweizer Kantonsparlamentarierin möchte ich noch einige Aspekte hinzufügen.

Es scheint zwar, als sei die Westschweiz von der Initiative nicht betroffen; in der Westschweiz gelten für die betroffenen Einkommenskategorien bereits höhere Steuersätze, als die SP im Initiativtext verlangt. Die Westschweiz bekäme aber indirekt alle Konsequenzen der Annahme zu spüren: nachlassende Steuerattraktivität der Schweiz, verschärfter Subventionswettbewerb, Druck zur Harmonisierung der Steuerabzüge, Verringerung des finanziellen Spielraums, Schwächung des Steuerwettbewerbs. Der Steuerwettbewerb ist zwar in der Westschweiz weniger lebhaft, doch seit rund zehn Jahren zeichnet sich auch ein Trend zur Senkung der direkten Steuern ab. Der Steuerwettbewerb spornt ausserdem die öffentliche Hand zu einem optimalen Umgang mit den Ressourcen an. Auch hier liegt es im wohlverstandenen Interesse der Westschweiz, dass der Effizienzdruck anhält, weil dieser zur Verbesserung des eigenen Finanzgebarens führt. Der Steuerwettbewerb ist für die Steuerpflichtigen und die Wirtschaft des ganzen Landes vorteilhaft und soll nicht bekämpft werden.

Die Souveränität der Kantone steht zur Disposition

Die Westschweizer Kantone sehen das Steuerniveau einiger kleiner Deutschschweizer Kantone ohne Eifersucht. Sehr bedacht sind sie dagegen auf den Erhalt ihrer eigenen Steuersouveränität. Die SP-Initiative würde die Steuerautonomie – die Grundlage unseres Bundesstaates – aushöhlen. Deshalb lehnen wir die Initiative ab. Die Kantone müssen ihre Steuern und Einnahmen auch künftig entsprechend den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger frei festlegen können und dabei wie erwähnt maximale Effizienz anstreben. Lassen wir die Finger von der Spirale der Steuererhöhungen – sie setzt den Wohlstand der ganzen Schweiz aufs Spiel.